

Betreff:

**Braunschweigs Schullandschaft zukunftsfest gestalten**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.10.2019

Beratungsfolge:

		Status
Schulausschuss (Vorberatung)	01.11.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	05.11.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	12.11.2019	Ö

**Beschlussvorschlag:**

Die Planungen für den Neubau einer 6. Integrierten Gesamtschule (IGS) werden zurückgestellt.

Um die derzeit fehlenden IGS-Plätze schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Braunschweiger Schullandschaft zukunftssicher, vielfältig und gleichwertig zu gestalten, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Die bestehenden fünf Integrierten Gesamtschulen werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt um jeweils mindestens einen zusätzlichen Zug pro Jahrgang erweitert.
2. An den bestehenden Integrierten Gesamtschulen, an denen zusätzliche Raumkapazitäten vorab zu schaffen sind, werden diese Raumbedarfe gemäß der Schaffung von zusätzlichen gymnasialen Kapazitäten, in modularer Bauweise eingerichtet.
3. Zur Stärkung der Haupt- und Realschulen werden ab dem kommenden Schuljahr die Rahmenbedingungen für den Ganztagsbetrieb sowie die Ausstattungen an den Schulen kontinuierlich verbessert.
4. Für die unter 1. bis 3. genannten Maßnahmen legt die Verwaltung schnellstmöglich ein Konzept mit verbindlichem Zeit- und Kostenplan zur Beschlussfassung durch den Rat vor.

**Sachverhalt:**

In den letzten Schuljahren mussten bekanntermaßen immer wieder Kinder mit einem Erstwunsch zur Beschulung an einer IGS aufgrund fehlender Schulplätze abgewiesen werden. Unter diesen überproportional viele mit Haupt- und Realschullerniveau. Die eigentlich den Kindern mit Gymnasiallernniveau vorbehaltenen Lostöpfe wurden hingegen in den allermeisten Fällen nicht einmal ansatzweise gefüllt.

Im Anschluss an den Ratsbeschluss vom 18. Dezember 2018 zum Neubau einer 6. IGS (DS.-Nr. 18-09482) wurde in den verschiedenen Gremien intensiv über die Art der Umsetzung der 6. IGS diskutiert.

Die derzeitige Bewerbersituation sowie die Aufteilung der tatsächlich angenommenen Schülerinnen und Schüler an den vorhandenen fünf Integrierten Gesamtschulen entspricht nicht den selbst gesteckten Zielen einer Leistungsdurchmischung. Deshalb gestaltete sich die Umsetzungsplanung deutlich schwieriger als erwartet. Durch einen innerstädtischen Standort verbunden mit einem neuen Konzept inklusive der Ergänzung um einen Primärbereich bis hin zu einer Modellschule erhofften sich viele Beteiligte eine Attraktivitätssteigerung und damit verbunden eine bessere Leistungsdurchmischung. Nicht berücksichtigt wurde dabei jedoch, dass die im Vergleich dazu deutlich schlechtere Ausstattung der Haupt- und Realschulen und der fehlende Ganztagsbetrieb den Umstand unterstützen, dass überproportional viele Schülerinnen und Schüler mit Haupt- und Realschullerniveau eine IGS anwählen.

Die bisherigen Beratungen in den Gremien und die von der Verwaltung nun vorgestellte Machbarkeitsstudie legen offen, dass ein Neubau einer 6. IGS nicht losgelöst von der bestehenden sowie der zukünftigen Schullandschaft gesehen werden darf.

Die vermeintlich attraktive Innenstadtlage auf dem Gelände der heutigen Tunica-Sporthalle führt zu zusätzlichen Problemen, u.a. in Bezug auf die Sportbedingungen für Vereine und umliegende Schulen, wie auch zu Lasten des Baubeginns, der Bauzeit und letztendlich des Schulstarts der möglichen neuen IGS. Selbst ohne bereits abzusehende Bauverzögerungen geht man heute von einem frühestmöglichen Bezugstermin in 2024 aus. Damit wäre keinem Kind, welches nun aufgrund der derzeit nicht vorhandenen Kapazitäten an einer der bestehenden fünf Integrierten Gesamtschulen abgelehnt werden muss, geholfen.

Zum Beginn des laufenden Schuljahres betraf dies 163 Kinder. Folgt man unserem Vorschlag zur Aufstockung der fünf bestehenden Integrierten Gesamtschulen könnten bereits zum nächsten Schuljahr über 120 neue Plätze geschaffen werden.

Es wird deshalb vorgeschlagen, die für den Neubau einer 6. IGS vorgesehenen etwa 70 Millionen Euro neben der eben geschilderten Aufstockung lieber für den Ausbau der Ganztagsbetreuung, für zusätzliche Schulsozialarbeiter und eine verbesserte Ausstattung an den Grund-, Haupt- und Realschulen einzusetzen. So können diese Schulen attraktiver gestaltet und gleichwertige Bedingungen geschaffen werden. Die Verwaltung soll mit diesem Antrag beauftragt werden, schnellstmöglich ein entsprechendes Konzept mit verbindlichem Zeit- und Kostenplan vorzulegen.

Die heute abgelehnten Kinder können nicht noch fünf weitere Jahre warten - und auch alle anderen verdienen eine zukunftsfest gestaltete Braunschweiger Schullandschaft!

**Anlagen:**

keine